



Die Finanzkrise überwinden – Europa stärken

Europa steht unter Stress: Überschuldete Staatshaushalte, Spekulation gegen Staatsanleihen und Probleme, sich an Kapitalmärkten zu refinanzieren, zwingen Länder wie Griechenland, Irland, Portugal und Spanien zu immer drastischeren Sparprogrammen; Rettungsschirme im Vierteljahresrhythmus führen nicht nur in Deutschland zu Verunsicherung und abnehmendem Vertrauen in ein gemeinsames Europa und den Euro.

In der derzeitigen Situation, in der eine mögliche Volksabstimmung in Griechenland in der Öffentlichkeit primär unter finanziellen Risikoaspekten beurteilt wird, haben viele BürgerInnen den Eindruck, dass Demokratie und das Primat der Politik in den Hintergrund gegenüber angeblichen Notwendigkeiten und Sachzwängen an Finanzmärkten treten.

Wir GRÜNE sind die Europa-Partei in Deutschland. Statt Ängste und Vorbehalte zu schüren haben BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – gerade bei Europawahlen – immer die Vorteile und unsere Vision eines offenen, sozial gerechten und ökologischen Europas in den Mittelpunkt gerückt. In der gegenwärtigen Krise wollen wir unsere gemeinsame Währung bewahren, Spekulation wirksam begrenzen und die demokratische Teilhabe in Europa stärken. Wir zeigen Alternativen zu den Vorschlägen der Bundesregierung auf, treten aber populistischen Wahlkampfmanövern auf dem Rücken der europäischen Idee, wie von CSU und FDP regelmäßig veranstaltet, entschieden entgegen.

Die Probleme von Staaten in der Eurozone, Kredite aufzunehmen, haben mehrere Ursachen. Unverhältnismäßig hohe Staatsausgaben bei gleichzeitig zu geringen Steuereinnahmen haben beispielsweise in Griechenland zu einer Überschuldung geführt, die von künftigen Generationen nicht mehr abgetragen werden kann. Entschuldungsprogramme sind die Folge, die mit harten Einschnitten meist für die Schwächsten der Gesellschaft verbunden sind. Wir GRÜNE verschließen unsere Augen nicht vor der Notwendigkeit, Staatshaushalte zu konsolidieren. Im Gegenteil: Haushaltskonsolidierung ist zwingend notwendig, wenn wir Handlungsspielräume erhalten wollen, um Investitionen in Zukunftsaufgaben wie beispielsweise Bildung, Soziales oder die Energiewende zu tätigen. Wir begrüßen es, dass die Landesregierung von Rheinland-Pfalz mit dem Entwurf zum Doppelhaushalt 2012/2013 „erstmal seit Jahren ein Sparkonzept vorlegt“ (Die Rheinpfalz 11.11.2011). Die auf Pump finanzierten Steuerentlastungspläne der Bundesregierung halten wir dagegen für ein falsches Signal.

Wir sagen aber auch: starke Schultern müssen – auch beim Sparen – mehr tragen als schwache Schultern. Konsolidierung und Gerechtigkeit gehen für GRÜNE Hand

in Hand. Dass Länder wie Griechenland und Portugal durch harte Sparbemühungen ihre Neuverschuldung massiv reduziert haben, verdient Respekt. Die Tatsache, dass große Einkommen und Vermögen an diesen Sparbemühungen meist nur geringfügig beteiligt sind, ist ein Skandal. Haushaltskonsolidierung bedeutet für GRÜNE beides: Ausgaben kritisch überprüfen und Einnahmen verbessern.

Für ein starkes Europa – die Finanzmärkte wirksam regulieren

Gezielte Spekulationen gegen die Anleihen einzelner Staaten sind eine weitere Ursache der gegenwärtigen Krise. Die Akteure an den Finanzmärkten konnten nach der letzten Banken- und Finanzkrise die Allgemeinheit nicht nur für die Folgen ihres Handelns, sondern auch für ihre eigene Rettung in Haftung nehmen – und agieren, als wäre nichts geschehen. Die Gewinne der Finanzbranche sprudeln, es werden weiter exorbitante Boni gezahlt und in der Branche ist ein risikoverschärfender Konzentrationsprozess eingetreten.

Bislang ist es nicht gelungen, die Dominanz der Akteure an den Finanzmärkten gegenüber den Waren- und Dienstleistungsmärkten und deren Verselbstständigung, einzudämmen. Gleichzeitig ist eine Entkoppelung von Finanz- und Realwirtschaft immer deutlicher erkennbar. Spekulationen, die teilweise das Zigfache der reell vorhandenen Menge eines Gutes betreffen mit Rohstoffen und Lebensmitteln führen zu künstlich erhöhten Preisen zu Lasten der VerbraucherInnen. Und obwohl die Finanzmärkte eine zentrale Ursache der Krise waren, werden bislang die enormen Krisenlasten fast ausschließlich von den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern, den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern sowie den in der Waren- und Dienstleistungsproduktion tätigen Unternehmen getragen.

Die gegenwärtig weltweiten Proteste und Demonstrationen gegen bestehende Finanzinstitutionen und -regelungen zeigen deutlich, dass ein großer Teil der Bevölkerung es nicht länger hinnehmen will, dass die wesentlichen Verursacher und Profiteure der Finanz-, Wirtschafts- und Staatsschuldenkrise keinen angemessenen Beitrag zur Krisenbewältigung leisten. Weder die Bundesregierung noch die europäischen Regierungen haben bislang den Willen erkennen lassen, durch eine wirksame Regulierung der Finanzmärkte dem die Grundlage zu entziehen, um die Macht der Finanzmärkte einzudämmen. Für uns sind die Proteste in Deutschland und Europa ein ernstes Zeichen dafür, dass wir mehr Transparenz im Bankgeschäft durch eine umfassende Finanzmarktaufsicht brauchen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen ein vereintes, demokratisches und solidarisches Europa, in dem die Finanzmärkte an die Leine gelegt werden und endlich Konsequenzen aus der Finanz- und Wirtschaftskrise gezogen werden.

Beides ist notwendig: kurzfristige Hilfen und neue Institutionen

Die gegenwärtigen Probleme verschiedener Staaten der Eurozone machen kurzfristige Hilfsmaßnahmen unausweichlich. Die Taktik der Bundesregierung – Zögern und ständige Beschwichtigungen – haben die Krise in Europa verschärft und Hilfsmaßnahmen verteuert. Deshalb tragen wir GRÜNE die Schaffung der europäischen Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF) mit, damit Staaten kurzfristig Kredite erhalten

und Staatsanleihen vor Spekulation geschützt werden können. Um auch Spekulationen gegen Anleihen von Frankreich, Spanien oder Italien entgegenzutreten zu können, muss der Rettungsschirm über ein hinreichend großes Volumen zur Kreditvergabe verfügen. Daher ist aus unserer Sicht der Einsatz von sogenannten Hebelinstrumenten derzeit notwendig. Dieses neue Instrument innerhalb des EFSF darf jedoch nicht „durch die Hintertür“ im Sinne technischer Richtlinien (Guidelines) eingeführt werden. Die GRÜNE Bundestagsfraktion hat es gegen das Zögern der Bundesregierung durchgesetzt, dass über einen Hebel im Plenum und nicht nur im Haushaltsausschuss entschieden wird. Dadurch haben wir das verfassungsmäßige Budgetrecht des Parlamentes gewahrt. Die nun auf europäischer Ebene vorgesehene „Versicherungslösung“ stellt aus unserer Sicht einen praktikablen Mechanismus dar, das Kreditvergabevolumen auszuweiten und im Falle eines Ausfalls von Staatsanleihen auch die Besitzer dieser Anleihen teilweise am Verlust zu beteiligen, wenn durch ihre konkrete Ausgestaltung sichergestellt wird, dass sich die Haftungsrisiken für die Euro-Staaten und die Risiken für andere Anleihenbesitzer in einem angemessenen Verhältnis.

Statt Aufklärung zu leisten und Risiken zu benennen führen Angela Merkel und die Bundesregierung dagegen die Öffentlichkeit in Fragen der Haftung bewusst hinter das Licht: während Schwarz-Geld einerseits Euro-Bonds als „Einstieg in die Schuldenuktion“ geißelt, verschweigt die Bundesregierung andererseits, dass mit dem EFSF und den Sekundärmarktaktivitäten der Europäischen Zentralbank eine gemeinschaftliche Haftungsübernahme längst Realität ist.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Rheinland Pfalz wollen folgende Diskussionspunkte in die programmatische Debatte auf Bundes- und Europaebene einbringen:

- **Verbesserung staatlicher Einnahmen / Beteiligung großer Vermögen an den Kosten der Krise:** Die Konsolidierung von Staatshaushalten darf weder über reine Ausgabenkürzungen noch einseitig zu Lasten der Schwächsten der Gesellschaft geschehen, sondern muss auch die Einnahmeseite des Staates verbessern. Wir GRÜNE fordern daher die Beteiligung von großen Vermögen an den Kosten dieser Krise durch geeignete Instrumente wie beispielsweise eine Vermögensabgabe bzw. eine Vermögensteuer.
- **Steuergerechtigkeit fördern / Steuerflucht bekämpfen:** Das in den 80er Jahren begonnene „Wettrennen“ von Staaten um die niedrigsten Steuern hat zu einer dramatischen Verschlechterung der Einnahmen öffentlicher Haushalte geführt. Daher ist es unabdingbar durch geeignete Maßnahmen Steuerhinterziehung und Steuerflucht ins Ausland zu minimieren und das Potential der Staaten angemessene Einnahmen zu erzielen auszuschöpfen. Dafür ist eine angemessene personelle Ausstattung der Finanzbehörden erforderlich.
- **Einführung einer Finanztransaktionssteuer:** Wir fordern die Einführung einer Finanztransaktionssteuer, die die Umsätze an Börsen und sonstigen Finanzplätzen der Besteuerung unterwirft. Durch die Einführung einer Finanztransaktionssteuer muss sich der Finanzsektor substantiell an den Kosten der Krise beteiligen. Weiter gehend wirkt eine Finanztransaktionssteuer stabilisie-

rend, indem sie realwirtschaftlich entkoppelte rein spekulative Transaktionen sowie den riskanten elektronischen Hochfrequenzhandel unrentabel macht und somit starke und kurzfristige Schwankungen vermeidet. Langfristig soll das Ziel verfolgt werden, die Steuer auf möglichst breiter internationaler Basis zu etablieren. Ist eine Einführung der Finanztransaktionssteuer auf der gesamten EU-Ebene zunächst nicht möglich, sollen zuerst Lösungen im Verbund einzelner Staaten umgesetzt werden. Denn das übergeordnete Ziel einer weltweiten Einführung der Finanztransaktionssteuer darf kein Vorwand sein, diese Steuer nicht auch schrittweise einzuführen.

- **Stärkung der Bankenaufsicht auf nationaler und europäischer Ebene:** Wir fordern, die Regularien und die Aufsicht über den Finanzmarkt zu reformieren. Ebenso ist die Regulierung des sogenannten Schattenbankenmarktes ein drängendes Problem. Dieser umfasst die Tätigkeit insbesondere von Hedgefonds, Zweckgesellschaften und Over-the-Counter-Geschäften. Dieser große, kaum regulierte Bereich nimmt weiter stark zu. Es gilt eine weitere Ausweibewegung in diesen Bereich zu verhindern und die großen Systemrisiken einzudämmen, die zunehmend durch den möglichen Zusammenbruch dieser so genannten Schattenbanken drohen. Daher sollen die Regeln, die für Banken gelten, grundsätzlich auch für den Schattenbankenmarkt Anwendung finden.
- **Einführung eines „TÜV“ für Finanzprodukte:** Der Verbraucherschutz im Finanzbereich ist durch eine verbesserte Aufsicht und Prüfung für Finanzprodukte zu stärken. Wir GRÜNE fordern, dass insbesondere bei immer komplexer werdenden Finanzprodukten eine einheitliche und vergleichbare Darstellung und unabhängige Bewertung von Risiko und Rendite für VerbraucherInnen im Internet zugänglich ist.
- **Beschränkung der Macht der Ratingagenturen:** Dem Oligopol der bisherigen international tätigen drei Ratingagenturen wollen wir durch eine wirksame Regulierung und Zertifizierung eine straffe Aufsicht gegenüberstellen. Die bisherigen gesetzlichen Regelungen, die die Rolle von Ratingagenturen in gestärkt haben, wollen wir überprüfen. Mittelfristig setzen wir auf eine öffentlich-rechtliche Lösung im Bereich der Bewertung von staatlicher Bonität und Qualität von Finanzierung.
- **Trennung von Privatkunden- und Investmentgeschäft der Banken:** Die Erfahrungen aus den Jahren 2008 und 2009 zeigen, dass die stärker gewordene Vermischung zwischen dem Privatkunden- und dem Investmentgeschäft von Banken die Risiken für private Spareinlagen vergrößerte und eine „Rettung“ von Banken auf Kosten der Allgemeinheit unvermeidlich machte. Wir wollen daher die Einführung eines Trennbankensystems, das Privatkunden- und Investmentgeschäft voneinander separiert, prüfen.
- **Erhöhung der Eigenkapitalquote von Banken:** Wir begrüßen, dass nach langem Zögern nun auf europäischer Ebene eine Erhöhung des Eigenkapitals von Banken beschlossen wurde. Um zu verhindern, dass Banken erneut „to big to fail“ werden, müssen deren Anreize, immer größer zu werden, erheblich beschränkt werden. Daher fordern wir GRÜNE eine „Schulden-

bremse für Banken“: Die Eigenkapitalquote muss umso höher sein, desto größer Finanzinstitute sind. Auch bei anderen Wirtschaftsunternehmen als Banken ist es notwendig sicherzustellen, dass deren Größe oder Marktposition nicht dazu führen darf, dass solche Unternehmen wegen „Systemrelevanz“ staatlich gerettet werden müssen.

- **Schuldenschnitt mit Privatgläuberbeteiligung für hochverschuldete Länder:** Eine Überwindung der aktuellen Krise wird nur möglich sein, wenn es einen vernünftigen Ausgleich zwischen Haushaltskonsolidierung und Schuldenschnitt in hochverschuldeten Ländern gibt. Denn selbst bei noch so harten Einschnitten besteht beispielsweise für Griechenland sonst keine Perspektive, seinen Staatshaushalt in geordnete Bahnen zu lenken. Deshalb fordern wir einen Schuldenschnitt für solche Länder, der eine Beteiligung privater Gläubiger (wie Banken, Versicherungen und Hedgefonds) zwingend miteinschließen muss. Hierzu unterstützen wir Bestrebungen, auf europäischer Ebene ein Regelwerk für solche Schuldenschnitte zu entwickeln („Insolvenzverfahren für Staaten“).
- **Zügige Einführung des Europäischen Stabilisierungsmechanismus („Europäischer Währungsfonds“):** Neben kurzfristigen und begrenzten Maßnahmen braucht es in Europa auch langfristige Lösungen und Krisenmechanismen: Der Europäische Stabilisierungsmechanismus (ESM), der ab 2013 den EFSF ersetzen soll, ist eine Forderung, die BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bereits lange erhoben haben. Diesen wollen wir zu einem Europäischen Währungsfonds ausbauen und eine demokratische Legitimation dieser Institution sicherstellen. Europäische Staatsanleihen können in diesem Zusammenhang ebenso ein Instrument darstellen, um zu verhindern, dass gegen Anleihen einzelner Staaten spekuliert werden kann. Dabei muss sichergestellt werden, dass diese mit entsprechenden Anreizen verbunden sind, damit sich Staaten nicht zu Lasten anderer Staaten verschulden.
- **Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit von überschuldeten Volkswirtschaften:** Langfristige Lösungen für die europäische Schuldenkrise müssen über das Problem der Staatsfinanzierung hinausgehen und die Volkswirtschaften der betroffenen Länder dauerhaft wettbewerbs- und zukunftsfähig machen. In der Wirtschafts- und Finanzkrise der Jahre 2008/2009 haben BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit dem „Green New Deal“ ein Konzept entwickelt, das ökologische, soziale und ökonomische Aspekte verbindet und die Krise als Chance nutzt, um durch Investitionen in Zukunftstechnologien (wie beispielsweise erneuerbare Energien oder neue Mobilitätskonzepte) unsere Wirtschaft nachhaltig auszurichten. Wir sind überzeugt, dass dieser Ansatz Ländern wie beispielsweise Griechenland und Portugal neue Chancen bietet, die dortige Wirtschaft zu erneuern, Beschäftigung und Löhne zu steigern und damit eine der Ursachen der gegenwärtigen Krise zu bekämpfen.

In den letzten 20 Jahren ist Europa in vielen Aspekten näher zusammengedrückt. Das zu erkennende ökonomische Nord-Süd-Gefälle ist jedoch eher gewachsen und mit eine der Ursachen für die Verschuldung einiger südlicher Länder. Einer deutschen

Volkswirtschaft, die jedes Jahr Exportüberschüsse ausweist, stehen Länder gegenüber, die diese Exporte bezahlen und jedes Jahr ein Handelsbilanzdefizit tragen müssen, das mit zu ihrer Verschuldung beiträgt.

Es müssen auf europäischer Ebene zeitnah weitere Maßnahmen für eine engere Zusammenarbeit in Wirtschafts-, Sozial- und Finanzfragen ergriffen werden. Mehr Kooperation in der Wirtschafts-, Sozial- und Finanzpolitik muss aber auch mehr demokratische Teilhabe bedeuten. Statt Hinterzimmergesprächen zwischen Merkel und Sarkozy wollen wir GRÜNE die Rechte und Einflussmöglichkeiten des Europäischen Parlaments stärken. Die Weiterentwicklung der EU von einer Währungsunion hin zu einer möglichen Wirtschafts- und Sozialunion muss über ein ordentliches Vertragsänderungsverfahren erfolgen. Wir GRÜNE schlagen dazu einen europäischen Konvent vor, der dieses Verfahren gemeinsam mit Sozialpartnern und Zivilgesellschaft vorbereitet und breit diskutiert.